



Boykott jüdischer Geschäfte in Bad Kissingen 1933: SA- und SS-Leute vor der Firma Kupsch, die einen jüdischen Teilhaber besaß © Stadtarchiv Bad Kissingen. Fotosammlung

Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte

Im März 1933 kam es in vielen Orten Deutschlands zu regionalen Ausschreitungen und Verfolgungsaktionen gegen die jüdische Bevölkerung, die meist von den örtlichen SA-Stellen initiiert und durchgeführt wurden. Zahlreiche Juden wurden verhaftet, jüdische Geschäfte - schon vor der reichsweiten Boykottaktion am 1. April - boykottiert oder zwangsweise geschlossen. Auch Tote waren zu beklagen. So wurden etwa im März 1933 in Creglingen zwei Juden von SA-Leuten zu Tode geprügelt.¹ Gegen diese Vorfälle erhob sich im Ausland ein lebhafter Protest. Die Presse prangerte die Verbrechen des NS-Regimes in zahlreichen Artikeln an; in Westeuropa und den Vereinigten Staaten wurde vereinzelt gegen deutsche Waren ein Boykott verhängt. Die nationalso-

¹ Vgl. Thilo Pflugfelder: Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden in Baden während des „Dritten Reichs“. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1980, S. 15

zialistische Führungsspitze um Hitler und Goebbels nahm die Kritik aus dem Ausland, die sie als „Jüdische Greuelhetze“ diffamierte, zum Vorwand, um eine reichsweite Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte für den 1. April 1933 anzuordnen. Die Boykottaktion sollte die Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung auf reichsweiter Ebene einleiten und zugleich als Disziplinierungsmaßnahme gegen die lokalen, wilden Ausschreitungen der SA dienen. „Die Bedeutung des 1. April“, so Monika Richarz, „war weniger wirtschaftlich und außenpolitisch, sondern sie lag darin, daß hier die öffentliche Brandmarkung der Juden vollzogen wurde als erster Schritt zur rassistischen Segregation, zur gesellschaftlichen Ausgrenzung der Juden. Der Boykott nahm die Segregation für einen Tag vorweg und suchte den antisemitischen Konsens der Öffentlichkeit zu erzwingen.“²

In Bad Kissingen wurde die Boykottaktion bereits am 29. März 1933 - also drei Tage vor dem offiziellen, reichsweiten Boykott am 1. April - gestartet, wie aus einem Bericht der „Saale-Zeitung“ vom selben Tag hervorgeht: „Boykott. Hier hat die Boykottbewegung gegen die jüdischen Geschäfte bereits heute vormittag eingesetzt. Angehörige der SA und SS trugen Schilder durch die Straßen mit der Aufschrift: `Kauft nicht bei Juden und Filialgeschäften!´ Vor den jüdischen Geschäften stehen Posten der SA.“³ Der vorzeitige Beginn der reichsweiten Boykottaktion in Bad Kissingen dürfte auf das Konto örtlicher Parteifunktionäre gehen, die glaubten, aus ideologischem Übereifer oder Profilierungssucht „Judenpolitik auf eigene Faust“⁴ betreiben zu müssen. Der fanatische Antisemit Karl Renner dürfte dabei mit Sicherheit eine maßgebliche Rolle gespielt haben.⁵

Am 1. April - dem Tag des reichsweiten Boykotts - forderte das „Boykott-Aktionskomitee Bad Kissingen“ die nichtjüdische Bevölkerung über eine halbseitige Anzeige in der „Saale-Zeitung“ zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte auf. Dabei sparte das Aktionskomitee weder mit dem Schreckbild einer drohenden Massenarbeitslosigkeit, das von ihm angesichts

² Richarz, Monika (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945. Stuttgart 1982, S. 41 f

³ Saale-Zeitung, 29.3.1933

⁴ Martin, Bernd; Schulin, Ernst (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte. München 1981, S. 295

⁵ Auch bei späteren Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung Bad Kissingens sollten immer wieder verschiedene örtliche Parteistellen und Behörden noch über das reichsweit festgesetzte Maß hinausgehen. Teilweise wurden sie da bei aber von vorgesetzten Partei- oder Dienststellen aus wirtschafts- und außenpolitischen Erwägungen in ihrem Aktionismus gebremst.

des Boykotts deutscher Waren im Ausland an die Wand gemalt wurde, noch mit massiven Drohungen gegen Boykottverweigerer. Jedem, der die Boykottaufforderung zu ignorieren beabsichtigte, wurde mit einer öffentlichen Diffamierung seiner Person gedroht - Parteimitglieder eingeschlossen: „Deutsche Männer! Deutsche Frauen! / Parteigenossen! Parteigenossinnen! / Das Weltjudentum versucht durch unerhörte Greuellügen, die nur dem perversen Gehirne einer degenerierten Rasse entspringen können, das gesamte deutsche Volk in der Welt in Mißkredit zu bringen. Jüdische Hetzer versuchen die Welt zu überreden, den deutschen Waren im Ausland den Boykott anzusagen. Würde dem Judentum dies gelingen, dann würde der deutsche Kaufmann, Angestellte und Arbeiter brotlos. Die Millionenarmee der Arbeitslosen würde sich mit einem Schlag verdoppeln. Die Not würde in noch nie gekanntem Maß unser Vaterland überfluten. / Dies können mir uns nicht gefallen lassen. Der Aufbruch der Nation hat bewiesen, daß unser Volk den Willen zum Leben hat. Dies mag auch das Weltjudentum erfahren. Die beste Waffe war schon immer der Angriff. Darum: / Solange der Jude draußen in der Welt hetzt, solange sollen seine Rassegenossen in Deutschland zu büßen haben. / Von heute ab geht kein deutscher Mann und keine deutsche Frau mehr in ein jüdisches Geschäft oder mit Judengeld finanziertes Filialunternehmen! / Der jüdische Arzt darf keinen Pfennig mehr von einem deutschen Patienten verdienen! / Der jüdische Rechtsanwalt soll fürderhin allein in seinem Bureau sitzen! / Jeder Deutsche, der dies nicht befolgt, ist ein Verräter an der deutschen Sache und gehört gebrandmarkt und verfehmt. Wir werden Mittel und Wege finden, ihn in der Öffentlichkeit unmöglich zu machen. / Bewahrt bei diesem uns aufgezwungenen Abwehrkampf volle Disziplin. / Wir haben in wenigen Wochen den Marxismus besiegt, wir werden auch dem Judentum die Faust in den Nacken setzen. / Werden Parteigenossen oder deren Familienangehörige beim Kauf in jüdischen Geschäften (Filialgeschäften und Warenhäusern) angetroffen, haben sie ihren Ausschluß aus der NSDAP erwirkt. / Boykott-Aktionskomitee Bad Kissingen“.⁶

Drei Tage später zog das „Fränkische Volk“ eine Bilanz der Boykottaktion in Bad Kissingen: „Die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Greuelpropa-

⁶ Saale-Zeitung, 1.4.1933

ganda wurden hier in völliger Ruhe und Disziplin durchgeführt. Die zahlreichen Plakate an den Häusern zeigten, wie stark die Juden hier vertreten sind, und der Bevölkerung wurde klargemacht, daß der Nationalsozialismus einzig und allein die Rasse und nicht die jüdische Religion bekämpft, denn die getauften Juden, Dissidenten und durch Rassenmischung bastardierte Unternehmen waren ebenso gekennzeichnet, wie die rein jüdischen.“⁷

Am selben Tag ließ die Reichsregierung mitteilen, „daß der Boykott am morgigen Mittwoch nicht wieder aufgenommen“ werde, „weil er durch die Entwicklung überflüssig geworden“ sei. „Abgesehen von kleinen Überbleibseln“ sei „die Greuelpropaganda im Auslande vollkommen abgestoppt worden“. Gegen die „Überbleibsel“ im Wege des Boykotts vorzugehen, habe „nach Auffassung maßgebender Kreise keinen Zweck, zumal diese kleinen Reste der Hetze ihren Ursprung im Kommunismus“ hätten.⁸

In Bad Kissingen rief man aber auch nach dem 1. April im Laufe des Jahres 1933 immer wieder zum Boykott jüdischer bzw. zum ausschließlichen Besuch nichtjüdischer Geschäfte auf. So bezeichnete es etwa das „Fränkische Volk“ am 13. Mai 1933 anlässlich der Eröffnung seiner Kissinger Geschäftsstelle in der Bachgasse als Aufgabe seines Inseratenteils, den „Kurgast auf die deutschen Geschäfte aufmerksam zu machen und ihm auch hier zuzurufen: `Deutsche kauft in deutschen Geschäften!`, seien in Bad Kissingen „doch einzelne Zweige förmlich verjudet“.⁹

Im Rahmen einer Generalversammlung der NSDAP am 21. Juni 1933 im Saalbau erinnerte Stadtrat Christian Ammer die anwesenden Parteimitglieder, insbesondere die neu eingetretenen, dass es für sie Pflicht sei, „in christlichen Geschäften zu kaufen“.¹⁰ Im Juli 1933 wurde dann auf Anweisung der Würzburger Gestapo eine Aktion gegen jüdische Läden, Handelsfirmen und Gemeindeeinrichtungen durchgeführt. Dabei wurden auch die Gelder des „Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten“ und verschiedene Dokumente beschlagnahmt.¹¹

⁷ Fränkisches Volk, 4.4.1933

⁸ Saale-Zeitung, 5.4.1933

⁹ Fränkisches Volk, 13. 5.1933

¹⁰ Saale-Zeitung, 22. 6.1933

¹¹ Vgl. Ophir, Baruch Zvi; Wiesemann, Falk: Die jüdischen Gemeinden in Bayern. 1918-1945. Geschichte und Zerstörung. München, Wien 1979, S. 263



Schild des „Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“, 1933 © Saale-Zeitung, 12.8.1933

Ende August 1933 forderte die Kissinger Ortsgruppenleitung des „Kampfbunds für den gewerblichen Mittelstand“ die nichtjüdischen Geschäftsinhaber über eine Anzeige in der „Saale-Zeitung“ auf, ihre Läden mit einem speziellen Schild als „Deutsche Geschäfte“ zu kennzeichnen.¹² Der Kennzeichnungsauf-
 ruf des Kampfbundes rief aber - da er (noch!) auf freiwilliger Basis erfolgte -
 nur geringe Resonanz unter den Kissinger Geschäftsleuten hervor. Bereits im
 September 1933 hatte sich das „Fränkische Volk“ nämlich schon in einem
 Artikel darüber beklagt, dass in Bad Kissingen „das Schild des Kampfbundes

¹² Saale-Zeitung, 22.8.1933

für den gewerblichen Mittelstand nur in verschwindend kleiner Anzahl in deutschen Geschäften zu sehen“ sei.¹³

Noch im September 1933 wurden jedoch - wie Oberbürgermeister Max Pollwein der unterfränkischen Regierung in Würzburg mitteilte - in Kissingen „Leute vom Besuch jüdischer Geschäfte“ abgehalten und „mit der Veröffentlichung der Namen derjenigen Personen gedroht [...] die in jüdischen Geschäften kaufen“. „Soweit die Polizeibehörde Kenntnis von Boykothandlungen oder von sonstigen Störungen des Wirtschaftslebens“ erhalte, werde - so Pollwein - „selbstverständlich jeweils entsprechend eingeschritten“. ¹⁴ Demgegenüber konnte in einer Mitgliederversammlung der NSDAP Ende September 1933 öffentlich angekündigt werden, dass dem „Grundsatz: ‘Kauft nicht bei Juden!’ [...] im Winter besonderer Nachdruck verliehen“ werde. ¹⁵ Auch weiterhin sollten demnach jüdische Geschäfte in Bad Kissingen boykottiert werden.

Die Boykottmaßnahmen des Jahres 1933 brachten viele jüdische Geschäftsleute, aber auch Ärzte und Kurhausbesitzer in wirtschaftliche Schwierigkeiten: „Da nahezu 90 Prozent der Gemeindemitglieder vom Fremdenverkehr und vom Kurbetrieb lebten, traf sie der antijüdische Wirtschaftsboykott besonders schwer. Die jüdischen Besitzer von Hotels, Pensionen, Restaurants und die jüdischen Ärzte waren die ersten Opfer des NS-Regimes in B. K.“ ¹⁶ Wie sich die wirtschaftliche Lage einer jüdischen Firma durch die Boykottmaßnahmen und die nationalsozialistische Agitation allmählich verschlechterte, lässt sich für die Maßschneiderei Albert Kissingers an Hand eines Berichtes der Kissinger Polizei an die Würzburger Gestapo vom 4. August 1939 verfolgen: „Kissinger hatte vor dem Kriege das elterliche Geschäft, bestehend aus Herrenkonfektion und Maßschneiderei übernommen. Er hatte eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt, arbeitete viel mit auswärtigen Kunden und Kurgästen und galt allgemein als gutsituierter Jude. Das Anwesen Marktplatz 17 hat er käuflich erworben und hatte in den Sommermonaten in der Lindesmühlpromenade und später im Ballingbazar ein Zweiggeschäft. Wäh-

¹³ Fränkisches Volk, 2.9.1933

¹⁴ SBK, C 493 Vollzug des Reichsgesetzes vom 12. März 1933 zum Schutze des Einzelhandels

¹⁵ Fränkisches Volk, 27. 9.1933

¹⁶ Ophir/Wiesemann, S. 263

rend des Winters war Kissinger viel in Großstädten zum Besuch von Modeausstellungen und zum Einkauf seiner Waren. Durch die allgemeine politische Lage ist sein Geschäft seit 1933 immer mehr zurückgegangen, so daß er bis zu seiner Auswanderung 1938 finanziell sehr schlecht stand!“¹⁷

¹⁷ Sta Wü, Gestapo 3584 Albert Kissinger